



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 7. Dezember 2011 (09.11)
(OR. en)**

**17879/1/11
REV 1**

**COPEN 350
JURINFO 76
EJUSTICE 94**

VERMERK

des	Vorsitzes
für den	AStV/Rat
Nr. Vordok.:	17760/11 COPEN 347 EJUSTICE 93 JURINFO 74
Betr.:	Handbuch für Rechtsanwender – ECRIS

Ein erster Gedankenaustausch über den ersten Entwurf eines nicht bindenden Handbuchs für Rechtsanwender, in dem das Verfahren für den Informationsaustausch über "ECRIS" – das Europäische Strafregisterinformationssystem – dargestellt wird, hat in der Sitzung der Gruppe "Zusammenarbeit in Strafsachen" vom 9. März 2011 stattgefunden. Am 19. Mai 2011 fand im Rahmen dieser Gruppe eine zweite Sitzung statt, der am 24. Juni eine kurze Aussprache folgte. Am 20. September beriet die Gruppe über eine neue Fassung auf Grundlage des Dokuments 12151/11 COPEN 165 JURINFO 54 EJUSTICE 59. Der überarbeitete Entwurf eines nicht bindenden Handbuchs für Rechtsanwender (Dok. 12151/1/11 REV 1 COPEN 165 JURINFO 54 EJUSTICE 59) wurde am 25. Oktober weiter diskutiert.

Die in Dokument 17879/11 COPEN 350 JURINFO 76 EJUSTICE 94 wiedergegebene Endfassung des Handbuchs wie auch der Aufbau dieses Handbuchs, seine gemeinsamen Teile sowie die Artenspezifischer Informationen, die darin aufgenommen werden, sind Anfang Dezember 2011 im Verfahren der stillschweigenden Zustimmung gebilligt worden.

ECRIS-HANDBUCH

INHALT

1.	EINLEITUNG	3
2.	ECRIS - ALLGEMEINES	6
2.1.	Austausch von Informationen über Verurteilungen	6
2.2.	Ersuchen	8
2.3.	Antworten	10
2.4.	Datenschutz	12
2.5.	Helpdesk	12
3.	ECRIS – LÄNDERSPEZIFISCHE INFORMATIONEN	14
3.1.	Zentralbehörden (Anschriften, E-Mail-Adressen)	14
3.2.	Modalitäten zur Identifizierung von Straftätern	15
3.3.	Vorgehensweise der Mitgliedstaaten bezüglich des Sprachengebrauchs im Rahmen von ECRIS	15
3.4.	Verfahren bei Ersuchen, die anderen Zwecken als dem eines Strafverfahrens dienen	17
3.4.1.	Verfahren bei eingegangenen Ersuchen, die administrativen Zwecken dienen	17
3.4.2.	Verfahren bei eingegangenen Ersuchen von Einzelpersonen	17
3.4.3.	Verfahren bei eingegangenen Strafregisterabfragen zu Einstellungszwecken	18
3.4.4.	Sonstige Angaben	18
3.5.	Abschriften von Urteilen	19
3.6.	Gemeinsame Lesart der Anhänge A und B des Beschlusses 2009/316/JI – Nationale Tabellen	20

ECRIS-HANDBUCH FÜR RECHTSANWENDER

1. EINLEITUNG

Der Informationsaustausch über Verurteilungen ist nach Verfahren erfolgt, die vorgesehen wurden durch das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen (Übereinkommen des Europarates von 1959) und die EU-Instrumente zur Entwicklung des Rechtshilfesystems wie das Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (29. Mai 2000), mit dem das durch das Übereinkommen von 1959 eingerichtete Verfahren ergänzt wurde. Im November 2005 nahm der Rat den Beschluss über den Austausch von Informationen aus dem Strafregister an¹. Mit diesem Beschluss sollten die durch das Übereinkommen von 1959 eingerichteten Verfahren verbessert werden – hauptsächlich durch Beschleunigung der Übermittlungsfristen. Dieser Beschluss wurde durch den Rahmenbeschluss 2009/315/JI des Rates vom 26. Februar 2009 über die Durchführung und den Inhalt des Austauschs von Informationen aus dem Strafregister zwischen den Mitgliedstaaten (Artikel 12 Absatz 4) aufgehoben.

Mit der vorliegenden Publikation soll im Einklang mit Erwägungsgrund 16 und Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe a des Beschlusses 2009/316/JI des Rates vom 6. April 2009 zur Einrichtung des Europäischen Strafregisterinformationssystems (ECRIS) gemäß Artikel 11 des Rahmenbeschlusses 2009/315/JI² vom 26. Februar 2009 ein nicht bindendes Handbuch für Rechtsanwender³ bereitgestellt werden. Darin wird das Verfahren für den Informationsaustausch über das Europäische Strafregisterinformationssystem (ECRIS) dargelegt, bei dem es sich um ein dezentrales Informationstechnologiesystem handelt, das eingerichtet wurde, um den Austausch von Daten aus Strafregistern zu erleichtern und die ausgetauschten Informationen verständlicher zu machen, indem insbesondere auf die Modalitäten zur Identifizierung von Straftätern sowie auf die gemeinsame Lesart der Kategorien von Straftatbeständen und Strafen eingegangen wird.

¹ Beschluss 2005/876/JI des Rates vom 21. November 2005 über den Austausch von Informationen aus dem Strafregister

² ABl. L 93 vom 7.4.2009, S. 33.

³ Der Ausdruck "Rechtsanwender" bezeichnet die gemäß dem Rahmenbeschluss benannten Zentralbehörden und die Endnutzer (Richter, Staatsanwälte, Polizei usw.).

Die Einrichtung von ECRIS stützt sich auf die folgenden Rechtsakte:

- Rahmenbeschluss 2009/315/JI des Rates vom 26. Februar 2009 über die Durchführung und den Inhalt des Austauschs von Informationen aus dem Strafregister zwischen den Mitgliedstaaten⁴ – im Folgenden "Rahmenbeschluss".
- Beschluss 2009/316/JI des Rates vom 6. April 2009 zur Einrichtung des Europäischen Strafregisterinformationssystems (ECRIS) gemäß Artikel 11 des Rahmenbeschlusses 2009/315/JI⁵ – im Folgenden "ECRIS-Beschluss".

Mit dem Rahmenbeschluss ist ein Mechanismus zur besseren Verbreitung der Informationen über Verurteilungen in der Europäischen Union eingerichtet worden. Dieser Rechtsakt sah außerdem den Auf- und Ausbau eines elektronischen Systems zum Austausch von Informationen über strafrechtliche Verurteilungen zwischen den Mitgliedstaaten vor, das dann mit dem ECRIS-Beschluss eingerichtet worden ist.

ECRIS ermöglicht den automatisierten Datenaustausch zwischen zentralen Strafregistern und verpflichtet die Mitgliedstaaten, gemeinsame Tabellen (z.B. in Bezug auf die Qualifikation der Straftaten und Strafen) für die Übermittlung der Informationen über Verurteilungen zu verwenden. Mit ECRIS soll ermöglicht werden, dass Informationen aus den Strafregistern zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten wirksam und systematisch in einer Weise ausgetauscht werden, die eine gemeinsame Lesart dieser Informationen und die Effizienz dieses Austauschs bei der Verwendung dieser Information im Rahmen von Strafverfahren und außerhalb von Strafverfahren gewährleistet.

Das Informationssystem gestattet keinen direkten Zugriff auf die Strafregister der Mitgliedstaaten, beschleunigt aber die Übermittlung der Mitteilungen über Verurteilungen sowie der Ersuchen um Informationen über Verurteilungen und der Antworten auf Ersuchen.

⁴ ABl. L 93 vom 7.4.2009, S. 23.

⁵ ABl. L 93 vom 7.4.2009, S. 33.

In dem Handbuch werden insbesondere die Modalitäten zur Identifizierung von Straftätern beschrieben und die gemeinsame Lesart der Kategorien von Straftatbeständen sowie Strafen und Maßnahmen festgehalten.

Artikel 5 Absatz 2 des ECRIS-Beschlusses sieht vor, dass die Mitgliedstaaten dem Generalsekretariat des Rates aktualisierte Informationen zu ihren Listen der nationalen Straftatbestände und zu ihren Listen der im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Arten von Hauptstrafen, möglichen Nebenstrafen und Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie möglichen die Vollstreckung der betreffenden Strafe abändernden Folgeentscheidungen übermitteln.

Nicht jeder Punkt, der sich auf die Effizienz des Datenaustauschs auswirken könnte, wird im vorliegenden Dokument behandelt. Dies geschieht ganz bewusst so. Gleichwohl werden die Zentralbehörden aufgefordert, mit den Zentralbehörden der anderen Mitgliedstaaten in Kontakt zu bleiben und zusammenzuarbeiten. Durch dieses Verhalten wird die Effizienz von ECRIS gefördert und zudem eine raschere Lösung etwaiger beim Datenaustausch auftretender Probleme ermöglicht.

Angesichts seines Umfangs wird das Handbuch nur in elektronischer Fassung erstellt. Das Handbuch kann über die folgenden Plattformen abgerufen werden⁶: EUR-Lex, CIRCA⁷ (Communication & Information Resource Centre Administrator) und EJN sowie über die Website des (vom Vereinigten Königreich verwalteten) ECRIS-Unterstützungsprogramms. Durch dieses Format ist das Handbuch auf effiziente Weise zu aktualisieren und für die betroffenen Rechtsanwender leicht zugänglich.

Anregungen zum Wortlaut des Handbuchs sowie aktualisierte Daten sind dem Rat der EU, Generalsekretariat, Referat DG H 2B (Grundrechte und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Rue de la Loi 175, B-1040 Brüssel (E-Mail-Adresse: secretariat.criminal-law@consilium.europa.eu) oder der Europäischen Kommission, GD JLS, Referat für Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Europäische Kommission, B-1049 Brüssel, zuzuleiten.

⁶ Das Handbuch für Rechtsanwender ist über die folgenden Internetadressen abrufbar:

- <http://eur-lex.europa.eu/en/index.htm>
- <http://circa.europa.eu/>
- <http://www.ejn-crimjust.europa.eu/>
- Website des ECRIS-Unterstützungsprogramms.

⁷ Der Zugriff hierzu ist begrenzt.

2. ECRIS – ALLGEMEINES

2.1. Austausch von Informationen über Verurteilungen

Im Rahmenbeschluss ist das Verfahren für den Informationsaustausch über Verurteilungen in den Artikeln 4, 5 und 11 geregelt.

Die Zentralbehörde des Urteilsmitgliedstaats unterrichtet die Zentralbehörde des Herkunftsmitgliedstaats (Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit die verurteilte Person besitzt) über die im Hoheitsgebiet des Urteilsmitgliedstaats gegen diese Person ergangenen Verurteilungen sowie über spätere Änderungen oder Streichungen von Informationen, die sich auf die Informationen über diese Verurteilungen auswirken. Der Rahmenbeschluss sieht folgende mindestens zu übermittelnde personenbezogene Daten vor: vollständiger Name, Geburtsdatum, Geburtsort (Stadt und Staat), Geschlecht, Staatsangehörigkeit und – gegebenenfalls – frühere/r Name/n, es sei denn, diese Informationen liegen in Einzelfällen nicht vor.

Da das Verständnis der im Ausland ergangenen Verurteilungen einer der Kernpunkte von ECRIS ist, stellen die Mitgliedstaaten Informationen (Verurteilungen, spätere Änderungen oder Streichungen) in der für die Endnutzer verständlichsten Form bereit.

Der Herkunftsmitgliedstaat speichert die bei ihm eingegangenen Informationen über Verurteilungen für die Zwecke der Weiterübermittlung. Ein Kernpunkt im gesamten Verfahren des Austauschs von Mitteilungen besteht für den Herkunftsmitgliedstaat darin, mit absoluter Gewissheit genau die Person identifizieren zu können, die der in der Mitteilung enthaltenen Identifizierungsdaten zugeordnet werden kann. Sonst soll der Herkunftsmitgliedstaat beim Urteilsmitgliedstaat um zusätzliche Identifizierungsdaten nachsuchen.

Nach Erhalt der Informationen über eine Verurteilung geht der Mitgliedstaat wie folgt vor:

1. Er speichert die mitgeteilten Informationen über die Verurteilung für die Zwecke der Weiterübermittlung und unterrichtet den Urteilsmitgliedstaat davon, dass die Mitteilung eingegangen ist.
2. Er kann um zusätzliche personenbezogene Daten nachsuchen, falls es anhand der zuvor erhaltenen Daten nicht möglich ist, eine verurteilte Person eindeutig zu identifizieren.
3. Darüber hinaus ist die Zentralbehörde berechtigt, eine eingegangene Mitteilung zurückzuweisen,
 - a) wenn die ermittelte Person nicht die Staatsangehörigkeit des Mitgliedstaats besitzt. Ein solcher Fall tritt ein, wenn ein Mitgliedstaat, der die mitgeteilten Informationen erhält, in der Lage ist, nachzuprüfen, ob die verurteilte Person überhaupt existiert und die Staatsangehörigkeit dieses Mitgliedstaats besitzt. In diesem Fall beschließt der Mitgliedstaat, die mitgeteilten Informationen über die Verurteilung nicht für die Zwecke der Weiterübermittlung zu speichern, und setzt den Urteilsmitgliedstaat von dem Problem in Kenntnis;
 - b) wenn die Identifizierungsdaten mehreren Personen zugeordnet werden und es der zentralen Behörde nicht gelingt, die Liste der Übereinstimmungen eindeutig und ohne jeden Zweifel auf eine einzige Person einzugrenzen. In diesem Fall sollte einer von zwei möglichen Wegen befolgt werden. Entweder sollte der empfangende Mitgliedstaat die mitgeteilten Informationen über die Verurteilung für die Zwecke der Weiterübermittlung speichern und den Urteilsmitgliedstaat davon unterrichten, dass die Mitteilung ordnungsgemäß eingegangen ist, oder er sollte den Urteilsmitgliedstaat davon unterrichten, dass die Mitteilung nicht bearbeitet werden konnte und warum dies so gewesen ist. Die mitgeteilten Informationen werden nicht zurückbehalten und der empfangende Mitgliedstaat schickt eine "Mitteilungsproblem"-Meldung zurück, in der er den Urteilsmitgliedstaat darauf hinweist, dass die mitgeteilten Informationen nicht bearbeitet werden können, da mehrere Personen ermittelt wurden, die den Identifizierungsdaten zugeordnet werden;

c) wenn die Person verstorben ist. In diesem Fall setzt die Zentralbehörde den Urteilsmitgliedstaat von dieser Tatsache in Kenntnis und ist dazu berechtigt, die betreffenden Informationen über die Verurteilung nicht für die Zwecke der Weiterübermittlung zu speichern;

d) wenn die Person, die den erhaltenen Fingerabdrücken zugeordnet wird, nicht den Personalien entspricht, die im Ersuchen angegeben werden. In diesem Fall setzt die Zentralbehörde, die die Fingerabdruckdaten erhalten hat, den Urteilsmitgliedstaat davon in Kenntnis und ist dazu berechtigt, die betreffenden Informationen über die Verurteilung nicht für die Zwecke der Weiterübermittlung zu speichern. Der Austausch von Fingerabdrücken ist gemäß dem Rahmenbeschluss fakultativ⁸; dies bedeutet, dass dieser Fall nur für diejenigen Mitgliedstaaten relevant ist, die im Rahmen von ECRIS Fingerabdrücke austauschen.

Je nach Mitgliedstaat können spätere Änderungen im "Schnappschuss"-Modus oder im "historischen" Modus übermittelt werden. Der "Schnappschuss"-Modus bildet den gegenwärtigen Stand der Verurteilung ab, d.h. den Stand, wie er sich aufgrund später erfolgter Änderungen ergibt. Die Mitteilung im "Schnappschuss"-Modus enthält die aktuellsten Informationen über eine Verurteilung. Der "historische" Modus gibt das ursprüngliche Urteil und alle späteren Änderungen dieses Urteils wieder. Die Mitteilung im "historischen" Modus schließt alle späteren Änderungen ein, die hinsichtlich der Verurteilung vorgenommen worden sind.

2.2. Ersuchen

In Artikel 6 des Rahmenbeschlusses ist das Verfahren für Ersuchen um Informationen festgelegt. Das Formblatt für Ersuchen ist im Anhang des Rahmenbeschlusses enthalten.

Ersuchen um Informationen über Verurteilungen können gemäß dem Rahmenbeschluss zum Zwecke eines Strafverfahrens, aber auch zu anderen Zwecken übermittelt werden. Erfolgt ein Ersuchen zu anderen Zwecken, so antwortet die ersuchte Zentralbehörde nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts⁹.

⁸ Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer ii des Rahmenbeschlusses. Fingerabdrücke werden gegenwärtig von folgenden Mitgliedstaaten ausgetauscht:

⁹ Siehe Kapitel 3,4.

Ersuchen im Rahmen von ECRIS werden elektronisch und im Einklang mit den technischen Spezifikationen des ECRIS übermittelt. In Ausnahmefällen¹⁰, in denen eine Papierfassung verwendet wird, wird für Ersuchen der Zentralbehörde um Informationen aus dem Strafregister das im Anhang des Rahmenbeschlusses enthaltene Formblatt verwendet.

Zu einem Ersuchen gehören die folgenden Angaben:

- 1) Angaben zur ersuchenden Behörde;
- 2) Identifizierungsdaten zu der Person, zu der Verurteilungen aus dem Strafregister mitgeteilt werden sollen, sofern die Daten vorliegen;
- 3) Zweck des Ersuchens;
 - (a) Strafverfahren;
 - (b) andere Zwecke als ein Strafverfahren¹¹, beispielsweise¹²:
 - Ersuchen eines Arbeitgebers;
 - Ersuchen einer Justizbehörde;
 - Ersuchen einer Verwaltungsbehörde
 - Ersuchen der betroffenen Person;
- 4) zusätzliche Informationen wie das Aktenzeichen, die Zustimmung der Person, auf die sich das Ersuchen bezieht [wenn die Zustimmung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts erforderlich ist], die Dringlichkeit des Ersuchens, sonstige Angaben usw.

Zur leichten Identifizierung der Person sollen so viele Informationen wie möglich bereitgestellt werden. Bevor ein Ersuchen übermittelt wird, sollte geprüft werden, ob der ersuchte Mitgliedstaat spezielle Angaben verlangt¹³, aber auch, welche Verfahren für die Überprüfung einer Identität verwendet werden, beispielsweise nationale Einwohner-Datenbanken, Fingerabdrücke usw.

¹⁰ Siehe Artikel 11 Absatz 5 des Rahmenbeschlusses.

¹¹ Siehe Kapitel 3.4.

¹² Die vollständige Liste der Zwecke leitet sich aus den technischen Spezifikationen des ECRIS ab (ECRIS-BA-Common_Reference_Tables); diese Zwecke sind detaillierte Weiterentwicklungen der allgemeinen Zwecke in Anhang A des Rahmenbeschlusses.

¹³ Siehe Kapitel 3.2.

2.3. Antworten

In Artikel 7 des Rahmenbeschlusses ist das Verfahren für die Beantwortung eingegangener Ersuchen festgelegt.

Antworten im Rahmen von ECRIS werden elektronisch und im Einklang mit den technischen Spezifikationen des ECRIS übermittelt. In Ausnahmefällen¹⁴, in denen eine Papierfassung verwendet wird, wird für Antworten das im Anhang des Rahmenbeschlusses enthaltene Formblatt verwendet.

Nach Eingang eines Ersuchens verfährt ein Mitgliedstaat wie folgt:

- 1) Er beantwortet das Ersuchen, wenn es die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt.
- 2) Er kann zusätzliche Informationen anfordern, wenn personenbezogene Daten oder der angegebene Zweck des Ersuchens für eine Beantwortung nicht ausreichen.
- 3) Er kann eine Ablehnung des Ersuchens übermitteln und mitteilen, dass das Ersuchen zu anderen Zwecken als einem Strafverfahren aufgrund innerstaatlicher Rechtsvorschriften nicht beantwortet werden kann.
- 4) Die Zentralbehörde kann das Ersuchen darüber hinaus in den folgenden Fällen ablehnen:
 - a) Die in dem Ersuchen übermittelten personenbezogenen Daten ermöglichen es dem Mitgliedstaat nicht, eine Person zweifelsfrei zu identifizieren (mehrere Personen sind den personenbezogenen Daten zugeordnet worden).

¹⁴ Siehe Fußnote 10.

- b) Die in dem Ersuchen genannte Person ist verstorben.
- c) Die Person, die den erhaltenen Fingerabdrücken zugeordnet wird, entspricht nicht den Personalien, die im Ersuchen angegeben wurden. Der Austausch von Fingerabdrücken ist gemäß dem Rahmenbeschluss fakultativ¹⁵; dies bedeutet, dass dieser Fall nur für diejenigen Mitgliedstaaten relevant ist, die im Rahmen von ECRIS Fingerabdrücke austauschen¹⁶.

Die Antwortfristen sind in Artikel 8 des Rahmenbeschlusses festgelegt. Die Fristen sollten sich nach dem Kalender des ersuchten Mitgliedstaats richten (unter Berücksichtigung von Feiertagen, dienstfreien Tagen usw.). In den technischen Spezifikationen für die Nutzung des ECRIS ist festgelegt, dass die Frist für ein Ersuchen automatisch auf der Grundlage des Kalenders des ersuchten Mitgliedstaats berechnet und dem ersuchenden Mitgliedstaat übermittelt wird.

Ersuchen zum Zwecke eines Strafverfahrens und zu anderen Zwecken als einem Strafverfahren¹⁷ sollten so schnell wie möglich beantwortet werden. Die Antwortfrist sollte in jedem Fall nicht länger als zehn Arbeitstage ab dem Tag, an dem das Ersuchen eingegangen ist, betragen. Benötigt der ersuchte Mitgliedstaat weitere Informationen zur Identifizierung der Person, auf die sich das Ersuchen bezieht, so konsultiert er unverzüglich den ersuchenden Mitgliedstaat. Die Frist von zehn Arbeitstagen zählt dann ab dem Tag des Eingangs der Zusatzinformationen.

Ersuchen einer betroffenen Person¹⁸ sollten innerhalb einer Frist von 20 Arbeitstagen ab dem Tag des Eingangs des Ersuchens beantwortet werden.

¹⁵ Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer ii des Rahmenbeschlusses.

¹⁶ Bitte beachten Sie, dass der Austausch von Fingerabdrücken nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer ii des Rahmenbeschlusses fakultativ ist.

¹⁷ Artikel 6 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses.

¹⁸ Artikel 6 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses.

2.4. Datenschutz¹⁹

Die Bedingungen für die Verwendung personenbezogener Daten sind in Artikel 9 des Rahmenbeschlusses festgelegt. Personenbezogene Daten, die nach Artikel 7 Absätze 1 und 4 dieses Rechtsakts *im Rahmen eines Strafverfahrens* mitgeteilt werden, dürfen von dem ersuchenden Mitgliedstaat *ausschließlich für die Zwecke des Strafverfahrens* verwendet werden, für das sie erbeten wurden.

Personenbezogene Daten, die nach Artikel 7 Absätze 2 und 4 des Rahmenbeschlusses *für andere Zwecke als ein Strafverfahren* übermittelt werden, dürfen von dem ersuchenden Mitgliedstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts ausschließlich für die Zwecke, für die sie erbeten wurden, und unter Beachtung der vom ersuchten Mitgliedstaat genannten Beschränkungen verwendet werden.

Diese Vorschriften gelten mit einer Ausnahme: Die Daten dürfen vom ersuchenden Mitgliedstaat verwendet werden, um einer unmittelbaren und ernsthaften Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorzubeugen.

Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass von einem anderen Mitgliedstaat gemäß Artikel 4 erhaltene personenbezogene Daten, die einem Drittland übermittelt werden, den gleichen Verwendungsbeschränkungen unterliegen, die für den ersuchenden Mitgliedstaat gelten. Sie weisen darauf hin, dass personenbezogene Daten, die einem Drittland für die Zwecke eines Strafverfahrens übermittelt werden, von diesem Drittland ausschließlich für Strafverfahrenszwecke weiter verwendet werden dürfen.

2.5. Helpdesk

Bei (rechtlichen, technischen, operativen) Problemen hinsichtlich des ECRIS-Betriebs sollten sich die Rechtsanwender an (...) ihre Zentralbehörde wenden.

¹⁹ Siehe Erwägungsgrund 13 des Ratsbeschlusses und Erwägungsgrund 18 des ECRIS-Beschlusses.

Sind zur Lösung des Problems zusätzliche Beratungen auf EU-Ebene erforderlich, so sollte die Zentralbehörde Verbindung zu den zuständigen EU-Stellen aufnehmen: Rat der Europäischen Union, Europäische Kommission, Vorsitz des Rates der Europäischen Union.

Gemäß Artikel 3 Absatz 7 des ECRIS-Beschlusses leistet die Europäische Kommission allgemeine und technische Unterstützung im Rahmen von ECRIS. Die Kommission stellt ein Helpdesk bereit, mit dem die Mitgliedstaaten beim operativen Austausch von Informationen unterstützt werden.

Kontaktangaben:

Europäische Kommission: E-Mail : JUST-CRIMINAL-RECORD@ec.europa.eu.

Bei operativen Problemen können die Mitgliedstaaten Verbindung zum ECRIS-Unterstützungsprogramm aufnehmen, das vom Vereinigten Königreich betrieben wird.

Kontaktangaben:

ESP: E-Mail : support@ecrisic.eu Telefon: 00 44 1489 588556

3. ECRIS – LÄNDERSPEZIFISCHE INFORMATIONEN

Da es für einen effektiven Austausch von Informationen im Rahmen von ECRIS erforderlich ist, dass bestimmte Verfahren, die von einigen Mitgliedstaaten angewandt werden, einheitlich ausgelegt werden und dass Zentralbehörden und Regeln für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten errichtet bzw. festgelegt werden, sobald ECRIS seinen Betrieb aufgenommen hat, sollen in diesem Abschnitt Informationen zu den wichtigsten Fragen vermittelt werden, die das System als Ganzes betreffen. Der Abschnitt ist in verschiedene Themen untergliedert, die im Rahmen von ECRIS wichtig sind, und soll grundlegende Informationen über die von den einzelnen Mitgliedstaaten und Zentralbehörden im Rahmen von ECRIS angewandten Verfahren und Vorschriften bieten.

3.1. Zentralbehörden (Anschriften, E-Mail-Adressen)

Gemäß Artikel 3 des Rahmenbeschlusses sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, eine oder mehrere Zentralbehörden zu benennen. Die Zentralbehörden der einzelnen Mitgliedstaaten sorgen für den Austausch von Informationen über strafrechtliche Verurteilungen im Rahmen des Systems.

Die Mitgliedstaaten teilen dem Generalsekretariat des Rates und der Kommission mit, welche Zentralbehörde(n) sie benannt haben. Das Generalsekretariat des Rates teilt diese Informationen den anderen Mitgliedstaaten mit. Bei der Zusammenarbeit gemäß dem Beschluss 2005/876/JI des Rates hat sich gezeigt, dass es ratsam ist, die Kontaktdaten aller Zentralbehörden in das Handbuch aufzunehmen.

(Die Kontaktdaten der Zentralbehörden werden gemäß folgendem Muster in das Handbuch aufgenommen:)

Mitgliedstaat:

Zentralbehörde

- Name:
- Anschrift:
- Telefon:
- E-Mail-Adresse:
- Kontaktpersonen (für technische und rechtliche Fragen), sofern die Möglichkeit besteht, diese Informationen hinzuzufügen:

3.2. Modalitäten zur Identifizierung von Straftätern

Gemäß Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe a des ECRIS-Beschlusses legt jeder Mitgliedstaat einen Datensatz vor, der im Identifizierungsprozess verwendet wird.

(Die personenbezogenen Daten, die im Identifizierungsprozess verwendet werden, sind nachstehend im Einzelnen aufgeführt.)

Mitgliedstaat

- Auflistung der Daten, die zur Identifizierung eines Straftäters verwendet werden;
- Register, die zur Identifizierung einer Person verwendet werden, zum Beispiel Strafregister oder nationale Einwohner-Datenbanken.

3.3. Vorgehensweise der Mitgliedstaaten bezüglich des Sprachengebrauchs im Rahmen von ECRIS

Artikel 10 des Rahmenbeschlusses enthält die beim Informationsaustausch über Verurteilungen anzuwendende Sprachenregelung.

Gemäß Artikel 10 (Satz 2) hat der auf ein Ersuchen antwortende Mitgliedstaat das Recht, in seiner Amtssprache oder in einer anderen Sprache, die sowohl vom ersuchenden als auch vom ersuchten Mitgliedstaat akzeptiert wird, zu antworten.

Ferner kann jeder Mitgliedstaat gemäß Artikel 10 (Satz 3) bei Annahme des Rahmenbeschlusses oder später in einer Erklärung an das Generalsekretariat des Rates angeben, welche Amtssprachen der Europäischen Union er für diese Zwecke anerkennt.

Die Frage stellt sich, wenn eine Antwort auf ein Ersuchen eine Mitteilung in einer fremden Sprache enthält. Diese fremdsprachliche Mitteilung könnte zunächst in die Amtssprache des ersuchten Mitgliedstaats übersetzt²⁰ und anschließend dem ersuchenden Mitgliedstaat übermittelt werden. Die Mitgliedstaaten sind jedoch auch berechtigt, die Frage der akzeptierten Sprachen im Wege einer bilateralen Vereinbarung zu regeln, in der die akzeptierten Sprachen festgelegt werden (so dass eine Verurteilung in der (bzw. den) Sprache(n) eines Urteilsmitgliedstaats übermittelt werden kann).

Somit können die Mitgliedstaaten in bestimmten Fällen andere Sprachen als ihre Amtssprache(n) für den Austausch verwenden. Zur Erleichterung des Informationsaustauschs ist nachstehend eine Auflistung der Mitgliedstaaten mit den jeweiligen Präferenzen hinsichtlich der Anwendung der Sprachenregelung wiedergegeben.

(Haltung der Mitgliedstaaten zum Sprachengebrauch)

Mitgliedstaat:

Amtssprachen der Europäischen Union, die der Mitgliedstaat für den Austausch von Ersuchen anerkennt – Artikel 10 (Satz 3): *(Hier werden die vom ESP zusammengetragenen Informationen eingefügt.)*

Ersuchter Mitgliedstaat: Sprachen, die bei der Beantwortung von Ersuchen anderer Mitgliedstaaten verwendet werden: eigene Amtssprache(n) oder Originalsprache des Urteils (wenn die Antwort Verurteilungen aus anderen EU-Staaten oder Drittstaaten enthält):

Ersuchender Mitgliedstaat: Sprachen, die in Antworten auf Ersuchen anerkannt werden: Amtssprache(n) des ersuchten Mitgliedstaats oder Originalsprache des Urteils (wenn die Antwort Verurteilungen aus anderen EU-Staaten oder Drittstaaten enthält).

²⁰ Siehe Kapitel 4.3 der (nur in englischer Sprache vorliegenden) "Business Analysis": "While most of the information elements are standardised and codified in the domain model (e.g. common offence and sanction codes, dates, durations, offence and sanction parameters, etc.), several information elements remain as free text information elements that need to be translated at some point in time in order to be used." – Nummer 4.3.4 der "Business Analysis".

3.4. Verfahren bei Ersuchen, die anderen Zwecken als dem eines Strafverfahrens dienen

Gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses werden Antworten, die zu anderen Zwecken als dem eines Strafverfahrens übermittelt werden, im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Mitgliedstaats erteilt. Um den Austausch der betreffenden Daten zu erleichtern, sind nachstehend Informationen zu den grundlegenden innerstaatlichen Vorschriften für die Beantwortung von Ersuchen, die anderen Zwecken als dem eines Strafverfahrens dienen, aufgeführt.

(Der Mitgliedstaat wird gebeten, die nachstehenden Fragen zu beantworten.)

Mitgliedstaat:

3.4.1. Verfahren bei eingegangenen Ersuchen, die administrativen Zwecken dienen

- 1) Welches Verfahren wird für die Erteilung von Informationen angewendet?
 - a) Kann ein Ersuchen um Übermittlung von Informationen zu administrativen Zwecken gestellt werden?
 - b) Sollte in einem Ersuchen ausführlich dargelegt werden, welchem Zweck die erbetenen Informationen dienen?
 - c) Bedarf die Weitergabe von Informationen über strafrechtliche Verurteilungen in diesen Fällen der Zustimmung der betreffenden Person?
 - d) Wie hoch sind die Kosten für die Erteilung von Informationen?
 - e) Weitere spezifische Angaben.

3.4.2. Verfahren bei eingegangenen Ersuchen von Einzelpersonen

- 1) Welches Verfahren wird für die Erteilung von Informationen angewendet?
 - a) Sollte in einem Ersuchen dargelegt werden, welchem Zweck die erbetenen Informationen dienen?
 - b) Wie hoch sind die Kosten für die Erteilung von Informationen?
 - c) Werden Identitätsdokumente, Kopien dieser Dokumente oder andere Dokumente verlangt?
 - d) Weitere spezifische Angaben.

3.4.3. Verfahren bei eingegangenen Strafregisterabfragen zu Einstellungszwecken

- 1) Welches Verfahren wird für die Erteilung von Informationen angewendet?
 - a) Können Informationen erteilt werden, mit denen Strafregisterabfragen zu Einstellungszwecken beantwortet werden?
 - b) Sollte in einem Ersuchen ausführlich dargelegt werden, welchem Zweck die erbetenen Informationen dienen?
 - c) Wie hoch sind die Kosten für die Erteilung von Informationen?
 - d) Weitere spezifische Angaben.

3.4.4. Sonstige Angaben

Alle sonstigen Auskünfte über die innerstaatlichen gesetzlichen oder sonstigen Vorschriften und Gepflogenheiten eines Mitgliedstaats, die einer ersuchenden Behörde die Abfassung eines Ersuchens um Informationen aus einem Strafregister erleichtern würden (*z.B. der Umfang von Antworten auf Ersuchen, die anderen Zwecken als dem eines Strafverfahrens dienen – d.h. ob die Antwort alle im Strafregister gespeicherten Informationen enthält oder beispielsweise auf bestimmte Arten von Straftaten, Strafen oder auf Vorschriften über die Wiedereingliederung beschränkt ist*).

Es sei darauf hingewiesen, dass weder der ECRIS-Beschluss noch der Rahmenbeschluss eine Verpflichtung zum Austausch von Informationen über nicht strafrechtliche Entscheidungen schafft.

3.5. Abschriften von Urteilen

Nach Artikel 4 Absatz 4 des Rahmenbeschlusses ist es möglich, im Einzelfall Abschriften der Originale von Urteilen bereitzustellen²¹. Gemäß dem genannten Artikel können sich die Zentralbehörden am Austausch von Urteilsabschriften beteiligen. Nach dem Rahmenbeschluss sind die Zentralbehörden jedoch nicht verpflichtet, die Urteilsabschriften zu speichern und zu verwalten. Diese Dokumente dürfen nicht von den Zentralbehörden oder in Strafregistern gespeichert werden und werden nicht unter Verwendung des elektronischen Formats ausgetauscht, das für die ECRIS-Software festgelegt wurde. Werden diese Abschriften benötigt, müssen sie auf anderem Wege (z.B. E-Mail, Fax) übermittelt werden. Der geeignetere Weg zur Anforderung der Abschriften besteht darin, die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen zu nutzen²².

Zur Erleichterung des Informationsaustauschs gibt die folgende Tabelle Aufschluss über das geeignetste Verfahren für den Austausch von Urteilsabschriften gemäß den von den einzelnen Mitgliedstaaten getroffenen Festlegungen. Aus der Tabelle ist ersichtlich, ob Urteilsabschriften über die Zentralbehörde angefordert werden können und ob es möglich ist, die Abschriften direkt von dieser Behörde zu erhalten.

Die Mitgliedstaaten werden gebeten, sich zu den folgenden Fragen zu äußern:

1 – Welches ist das geeignetste Verfahren? – Kurzbeschreibung (z.B. der Hinweis, dass das Ersuchen an das Gericht zu senden ist, welches das Urteil verkündet hat).

2 – Können Urteilsabschriften über die Zentralbehörde angefordert werden?

3 – Werden Urteilsabschriften bei der Zentralbehörde gespeichert?

²¹ Rahmenbeschluss, Artikel 4 Absatz 4.

²² Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959; Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 29. Mai 2000.

Mitgliedstaat:

3.6. Gemeinsame Lesart der Anhänge A und B des Beschlusses 2009/316/JI – Nationale Tabellen

Nach Artikel 5 des ECRIS-Beschlusses sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Listen der nationalen Straftatbestände und Strafen, für die in den Anhängen A und B des Ratsbeschlusses bestimmte Codes festgelegt wurden, zu übermitteln. Diese Listen werden dem Handbuch beigelegt. Die Mitgliedstaaten könnten auch eine kurze Beschreibung der Tatbestandsmerkmale und Strafen übermitteln. Die bereitgestellten Tabellen werden dem Handbuch als Anhänge hinzugefügt.

MITGLIEDSTAAT:

A – TABELLE DER STRAFTATBESTÄNDE

B – TABELLE DER STRAFEN

(Die Mitgliedstaaten werden um Bereitstellung der obengenannten Informationen gebeten.)
